

ZINNECKERS GEDANKEN – 10 / 2017

RÜCKBLICK

Die langfristigen Zinsen für Staatsanleihen sind nach der Entscheidung des Fed, die US-amerikanischen Zinsen im Dezember weiter anzuheben, nach der Erholung im Sommer wieder angestiegen. Der amerikanische Aktienmarkt hingegen hat in dieser Zeit trotz der internationalen Spannungen und zur Überraschung vieler Kapitalmarktexperten ein neues Allzeithoch erzielt. Die Gründe liegen in den kontinuierlichen wöchentlichen Zuflüssen von Anlagemitteln in Milliardenhöhe in die passiven Anlageinstrumente, die ETF's oder I-Shares. In diesem Fahrwasser konnten dann auch die wesentlichen europäischen Aktienmärkte seit Mai verloren gegangenes Terrain teilweise wieder zurückerobern, ohne dass sich neue richtungsweise Erkenntnisse ergeben haben. Der seit Jahresbeginn schwächelnde Dollar konnte sich gegenüber dem Euro im September erstmals wieder stabilisieren, was vornehmlich mit den politischen Spannungen gegenüber dem Iran und Nordkorea und nun auch mit dem dramatischen Wahlergebnis in Deutschland in Zusammenhang gebracht wird.

AUSBLICK

In den USA ist es bisher bei der Ankündigung einer Steuerreform geblieben und die Abschaffung von Obamacare hat nun zum dritten Mal eine Abfuhr erhalten. Während Texas und der Süden der USA nach den Tropenstürmen Harvey und Irma versuchen, die enormen Schäden zu beseitigen, befindet sich Präsident Trump zumindest verbal im Kriegszustand mit Nordkorea, dem Iran und jetzt noch mit den amerikanischen Football-Ligen. Man kann nur hoffen, dass es bei den rein verbalen Ausfällen bleibt.

Viel dramatischer ist die verheerende Wahlkatsche für die drei Volksparteien CDU, CSU und SPD und der Sieg der AFD in Höhe von 12,6% zu werten. Zwei große Koalitionen, der opportunistische Ausstieg aus der Kernenergie 2011, die abenteuerliche Rettung Griechenlands aus der Finanzkrise 2015 und jetzt die selbtherrliche und umstrittene Willkommenspolitik von Frau Merkel und deren unabsehbare Folgen haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Wähler haben diesen Parteien samt ihren Führungsmannschaften die rote Karte gezeigt und zugleich der deutschen Demokratie einen großen Dienst erwiesen.

Mutig und richtig ist der Schritt der SPD, das Heil der Erneuerung in der Opposition zu suchen und Frau Merkel mit ihrem mittlerweile zwanghaften Hang zur Macht nicht noch einmal auf den Leim zu gehen. Das deutsche Parlament braucht für die seit Jahren verschleppten und nun anstehenden sozialen und wirtschaftlichen Gesetzesentscheidungen gerade jetzt eine starke Opposition, die der AFD als drittstärkste Fraktion nicht alleine überlassen werden darf. Es ist auf der anderen Seite für die politische Debatte positiv, dass sich die AFD jetzt vor dem Bundestag und der Weltöffentlichkeit präsentieren und verantworten muss. Daran knüpft sich die Hoffnung an eine sich wiederbelebende parlamentarische Streitkultur, die das eingeschlafene Politikinteresse der Bürger von neuem erweckt.

Jetzt beginnt das große Stühlerücken. Die Verjüngung der Parlamente ist überfällig, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Parteispitzen neu besetzt werden. Das gilt bereits jetzt für

Horst Seehofer mit seiner unhaltbaren Einstellung zur Flüchtlingspolitik, aber auch für Frau Merkel, Herrn Schulz und für Alexander Gauland von der AFD. Die Bewältigung der anstehenden nationalen und internationalen Aufgaben bedarf neuer und innovativer Denk- und Kommunikationsmuster, damit die auf die Völkergemeinschaften zukommenden sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in den nächsten Jahren gemeistert werden können.

Der Erhalt und die Verfestigung der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit gehören ebenfalls dazu, wie die Erneuerung und die Zukunftssicherung der EU zusammen mit Frankreich, das mit Herrn Macron neue Wege einschlagen will. Bei den zum Teil sehr unterschiedlichen programmatischen Ansätzen in Bezug auf die EU wird es allerdings für die beteiligten Parteien keine leichte Aufgabe sein, auch in dieser Richtung eine stabile Koalition zusammen zu schweißen. Zudem könnte es im Verlauf der Koalitionsverhandlungen wegen der Flüchtlingsfrage zwischen der CDU und CSU noch zu einer Zerreißprobe kommen. Ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen hätte zwangsläufig Neuwahlen im nächsten Jahr zur Folge, dann aber mit neuen Köpfen. Diese Option würde von den Kapitalmärkten sicherlich nicht positiv aufgenommen werden.

KAPITALMARKTAUSSICHTEN

Den Börsen stehen also aufregende Wochen bevor. Es ist damit zu rechnen, dass die bevorstehende Unsicherheit über den Ausgang der Koalitionsverhandlungen und die für die Jahreszeit typische Korrekturgefahr mit steigender Volatilität die Aktienmärkte im Oktober strapazieren wird. Das gilt auch für die amerikanische Börse, die ebenfalls mit den dortigen politischen Unwägbarkeiten zu kämpfen hat. Trotz neuer Indexhöchststände ist auch dort bisher kein einheitliches Haussebild auszumachen.

Sollte aber und davon gehe ich aus, am Ende die politische Vernunft aller Parteien ein tragendes und motivierendes Bündnis zu Stande bringen, dann könnte mit dem Beginn des nächsten Jahres für Deutschland und Europa wirtschaftlich wie sozio-ökonomisch eine neue Epoche beginnen. Das zins- und geldpolitische Umfeld, die freien finanziellen Reserven und die Investitionsbereitschaft der öffentlichen und privaten Anleger sollten dann einen kräftigen und nachhaltigen Konjunkturaufschwung in der gesamten EU in Gang setzen, der dann an den Aktienbörsen seine positive Entsprechung finden würde. Daraus könnte sich eine auf Jahre hin nicht wiederkehrende fundamentale Anlagechance für langfristig orientierte Anleger ergeben. Warten wir es ab.

Die Tatsache, dass die USA ihre Zins- und Geldpolitik wie angekündigt weiter straffen wird, läutet endgültig das Ende der seit 2009 bestehenden Zentralbankpolitik des leichten und billigen Geldes ein. Diese Entscheidung bedingt dann zwangsläufig, dass sowohl die EZB als auch die Bank von England wenn auch Zeit verzögert auf die neue Linie einschwenken werden. Damit gehen die Zeiten von Niedrigstzinsen zu Ende und werden bald Geschichte sein. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung der Normalisierung der Zentralbankgeldmengen und der Schrumpfung der Zentralbankbilanzen. Dieser Schritt sollte von den Börsen und ihren Anlegern begrüßt und positiv begleitet werden.